

Inner-syrischer Versuch eines Brückenschlags: Dezentralisierung Breitgefächerte Gruppe schlägt konstitutionelle Prinzipien vor

Vom 27.-29. April 2016 trafen in der Friedensburg im burgenländischen Schlaining über zwei Duzend Syrerinnen und Syrer mit unterschiedlichen Hintergründen zusammen. Ziel war es, Wege zu einem Gesellschaftsvertrag zu sondieren, der einen Waffenstillstand abstützen kann und den tieferen, dem Bürgerkrieg zugrunde liegenden Konflikt an der Wurzel zu fassen vermag. Die Kernaussage: Dezentralisierung.

Die „Allsyrische Beratung zur zukünftigen syrischen Verfassung“ fand unter dem Schirm der internationalen Initiative „Peace in Syria“ statt. Diese wurde im frühen Stadium des Konfliktes gegründet, als offensichtlich wurde, dass die Volksrevolte sich in einen Bürgerkrieg mit zunehmendem konfessionellem Moment wandelte. Die Basis der Initiative ist zum einen der Grundsatz, ausländischen Interventionen entgegenzuwirken, zum anderen das Recht auf Selbstbestimmung zu verteidigen. Seit den frühen Anfängen teilen wir die Meinung vieler Syrer, dass Militarisierung und Konfessionalismus Hand in Hand gehen. Es war unsere Absicht all jenen eine Plattform zu bieten, die nach einer politischen Lösung in dem historischen Dreieck von abweichenden Interessen suchen, an deren Ausgleich das Regime von Assad gescheitert ist: dem sunnitisch-islamischen Pol mit seinen politischen Bestrebungen; den kurdischen Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung; sowie den säkularen Kräften, die auf einem Block von all jenen Komponenten basieren, die den politischen Islam fürchten und sich oft auf das Erbe des Panarabismus beziehen.

Seit ihrer Gründung hat die Initiative „Peace in Syria“ dieses Ziel mit zahlreichen Aktivitäten verfolgt, sei es bei „allseitigen“ Zusammenkünften, bei Delegationen nach Syrien oder bei getrennten Treffen mit den sich bekämpfenden Seiten beziehungsweise deren zivilgesellschaftlicher Umgebung.

Der Schwerpunkt der letzten Konferenz war die Diskussion über die Elemente einer Verfassung, die von der großen Mehrheit aller Seiten oder zumindest von den Hauptsäulen der Gesellschaft akzeptiert werden könnte. Obwohl diesmal die beiden extremen Pole beiden Seiten den Beratungen ferngeblieben waren, überspannte die Veranstaltung dennoch einen großen Spektralbogen: von sunnitischen Gelehrten nahe an der Ulama; über Kurden von beiden Seiten der politischen Trennlinie; Linksintellektuellen verschiedener Schattierungen, von denen einige weiterhin für eine Reform des Regimes von innen heraus eintreten; Angehörigen der verschiedenen konfessionellen Identitäten sowie Mitglieder der Itilaf (Syrian National Coalition). Es ist das erste Mal, dass das Abschlussdokument von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern unterzeichnet wurde. Dies zeigt eine große Kompromissbereitschaft.

Die Diskussionen drehten sich um die Bedeutung von Dezentralisierung und deren mögliche Ausgestaltung in Bezug auf die Rechte der Kurden, die Rolle des Parlaments sowie der Präsidentschaft. Neben gleichen Bürgerrechten unabhängig von jedweder Zugehörigkeit, wurde das Konzept kollektiver Rechte einzelner Identitätsgruppen (national, ethnisch, konfessionell) diskutiert. Frauenrechte einschließlich einer Quotenforderung fanden ihren Weg in die Deklaration, während

die Beziehung zwischen religiösem und zivilem Personenstandsrecht auf spätere Beratungen vertagt wurde.

Die Quintessenz zusammengefasst aus der Sicht eines ausländischen Beobachters: Die Abtretung und Verteilung zentraler Macht auf vielschichtige und überlappende Komponenten der Gesellschaft ist der Weg um das zerrissene gesellschaftliche Geflecht zu reparieren und nationale Einheit wiederaufzubauen. Dies ist die Voraussetzung zu einem Frieden, der nicht nur darauf aufbaut, den Kuchen zwischen den regionalen und globalen Mächten aufzuteilen, sondern dem syrischen Volk zumindest eine gewisse Mitsprache einräumt und einige seiner demokratischen und sozialen Forderungen realisiert. Alle Teilnehmer, allen voran die Syrerinnen und Syrer genauso wie das internationale Organisationskomitee sind überzeugt, dass die Initiative weiterhin einen Beitrag zur Entwicklung eines Gesellschaftsvertrag leisten soll, der einst im Rahmen verfassungsgebenden Versammlung festgeschrieben werden könnte.

Wilhem Langthaler, Mitgründer und politischer Berater von PeaceInSyria.org